



Biokraftstoffe

🌐 Es pflanzt sich fort



Rapsöl als Biodiesel-Grundlage: In Brandenburg wird die Pflanze auf rund 150.000 Hektar angebaut. - Foto: ddp
 Von Dagmar Dehmer und Fabian Leber
 13.07.2007 19:49 Uhr

Wenn es nach den Koalitionsfraktionen von Union und SPD geht, sollen Autos in Deutschland verstärkt mit Biosprit fahren. Landwirte könnten dann zu neuen Ölscheichs werden, weil sie einen immer größeren Teil ihrer Ernte an die Mineralölindustrie verkaufen. Schon im kommenden Jahr soll der Ökoanteil beim Diesel von jetzt 3,5 Prozent auf 7 Prozent angehoben werden, 2015 soll die Bioquote bei 15 Prozent liegen. Das schlägt zumindest die SPD-Bundestagsfraktion in einem neuen Arbeitspapier vor. „Mit einer Erhöhung des Biospritanteils können wir für den Klimaschutz mehr erreichen als mit vielen freiwilligen Lösungen“, sagt

der SPD-Abgeordnete Reinhard Schultz.



Doch was als umweltpolitische Strategie zunächst einleuchtend klingt, könnte dem Klimaschutz mehr schaden als nutzen. Dieser Meinung sind zumindest maßgebliche Berater der Bundesregierung. Gleich drei Beratungsgremien arbeiten zurzeit an einer Bewertung von Biomasse für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik. Den Anfang machte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der am Donnerstag ein Sondergutachten mit dem Titel „Klimaschutz durch Biomasse“ veröffentlichte. Später im Jahr folgen der Wissenschaftliche Beirat Globale

Neuer Wärmerekord

Deutschland wird heißer

Klima-Dossier:
 Weitere Artikel zum Thema

Umweltvorsorge (WBGU) mit einer Bewertung der weltweiten Folgen des Biomassebooms und der Wissenschaftliche Beirat des Landwirtschaftsministeriums.

Der SRU gibt ganz klare Empfehlungen ab. Die wichtigste: Deutschland sollte auf keinen Fall seine Beimischungsquote für Biokraftstoff erhöhen. Den größten Klimanutzen hat Biomasse demnach, wenn sie zur gleichzeitigen Strom- und Wärmeerzeugung (KWK) eingesetzt wird, vor allem wenn sie Kohle als Brennstoff ersetzt. Denn: Biomasse ist eine begrenzte Ressource. Der SRU hat errechnet, dass mit Biomasse aus Deutschland – damit sind Reststoffe wie Holzabfälle, Stroh, Reste aus der Tierkörperbeseitigung und das Potenzial eines möglichen Energiepflanzenanbaus gemeint – im Höchstfall zehn Prozent des Gesamtenergiebedarfs gedeckt werden könnten. Sollte der Biokraftstoffanteil bis 2010 auf 6,75 Prozent wachsen, wäre das einheimische Potenzial demnach schon verbraucht. „Die Koalition setzt hier vor allem auf die Versorgungssicherheit. Ein erhöhter Anteil an Biokraftstoffen soll dabei helfen, den Ölpreisanstieg zu dämpfen. Unter Klimaschutzgesichtspunkten ist das der falsche Weg“, sagt Christian Hey, der Geschäftsführer des Sachverständigenrats. Der SPD-Umweltexperte Ulrich Kelber

hält den Ansatz der Koalition dennoch für richtig: „Auch herkömmlicher Diesel lässt sich in Kraftwerken effizienter einsetzen als in Autos. Unsere Mobilitätsprobleme werden nicht gelöst, wenn wir Biomasse vorwiegend zur Stromerzeugung einsetzen würden.“

Der SRU beklagt allerdings auch gravierende Folgen für die deutsche Landwirtschaft, sollte der Biospritanteil wie geplant erhöht werden. Denn gerade für Raps und Mais werden viele Pestizide eingesetzt. Oft fällt die Klimabilanz eines so erzeugten Kraftstoffs wegen des hohen Energieeinsatzes bei der Produktion genauso schlecht aus wie für Erdöl. Außerdem wandeln immer mehr Landwirte Grünland um, weil sie am Boom teilhaben wollen. Die Klimabilanz dieser Landnutzungsänderungen ist häufig schlecht. Denn beim Gründlandumbruch werden im Boden gespeicherte Treibhausgase frei, neben Kohlendioxid (CO₂) auch die Treibhausgase Methan und Lachgas. Und die Kraftstoffe der „zweiten Generation“, bei denen aus Pflanzenabfällen Kraftstoff werden soll, „sind bisher nichts als ein Versprechen für die Zukunft“, moniert SRU-Geschäftsführer Hey. SPD-Experte Ulrich Kelber setzt jedoch gerade auf Fortschritte in diesem Bereich: „Technologisch lässt sich die Effizienz von Biokraftstoffen noch erheblich steigern. Gerade wenn wir den Anteil insgesamt erhöhen, wird hier die Industrie unter Druck geraten.“

Nach Ansicht des SRU führen die Fördermodelle für Bioenergien dazu, dass zum Teil widersprechende Ziele gefördert werden – und sich Förderinstrumente dabei gegenseitig aushöhlen. „Es besteht das Risiko einer erheblichen Verschwendung öffentlicher und privater Gelder mangels Abstimmung der verschiedenen Instrumente“, heißt es in dem Gutachten. Es gibt die Mindestbeimischungsquoten für Biokraftstoffe, es gibt Steuerbefreiungen für den Einsatz von Biokraftstoffen in der Landwirtschaft, es gibt Agrarsubventionen und darüber hinaus mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auch noch Einspeisevergütungen für Bioenergien, zudem eine Investitionsförderung für Heizungen auf Biomassebasis. Der SRU bemängelt, dass die degressiven Fördersätze für Strom aus Biogas dazu geführt hätten, dass Klein-Biogasanlagen, die relativ unwirtschaftlich sind, gefördert werden, große wirtschaftlichere aber nicht.

Wegen des hohen Importdrucks für Biomasse hält der SRU einen „nationalen und internationalen Ordnungsrahmen für den umweltgerechten Anbau von Energiepflanzen“ für notwendig. Sonst könnte die Klimabilanz des Biomasseeinsatzes immer öfter negativ sein. Ein wichtiges Element eines solchen Regelungsrahmens ist aus Sicht des SRU eine Abkehr von der Praxis in der EU, Stilllegungsflächen für Energiepflanzen freizugeben und auch noch Prämien für Energiepflanzen zu zahlen. Zudem sollte es ein Verbot für das Umbrechen von Grünland geben.

An diesen Punkten stimmt die Grünen-Politikerin Renate Künast den Umweltweisen zu. Dem Tagesspiegel sagte sie: „Die Nahrungsproduktion muss Vorrang haben. Das, was jetzt passiert, muss gesteuert werden.“ Auch Künast findet, dass die Beimischungsquoten für Biokraftstoffe nicht erhöht werden sollten. Schon jetzt führe das dazu, dass „alle Mais anbauen, ohne Ausnahme“. Sie hält zum Beispiel Hybridautos für sinnvoller – vor allem dann, wenn sie nachts mit billigem und klimafreundlichem Strom betankt werden könnten. Dazu brauche es aber dringend Fortschritte bei der Batterietechnik. Gäbe es die, könnte auch Windstrom besser für solche Anwendungen genutzt werden. Auf lange Sicht müsse aber im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) ein Ordnungsrahmen für den Anbau

von Energiepflanzen erarbeitet werden. Allerdings kann sich die WTO auch ohne diese Zusatzkomplikation derzeit schon nicht auf neue Regeln für den Handel mit Agrarprodukten einigen. Das könnte länger dauern, als noch Regenwälder vorhanden sind. Denn schon jetzt lässt sich beobachten, dass wegen der weltweit gestiegenen Preise für Energiepflanzen Flächen in Regenwäldern abgeholzt werden – in Indonesien zum Beispiel, um Palmölplantagen anzulegen.